

TOP 67:

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Schaffung der Fazilität „Connecting Europe“ und zur Aufhebung der Verordnungen (EU) Nr. 1316/2013 und (EU) 283/2014

COM(2018) 438 final; Ratsdok. 9951/18

Drucksache: 270/18 und zu 270/18

Im Rahmen des nächsten Mehrjährigen Finanzrahmens 2021 bis 2027 schlägt die Kommission vor, die Fazilität „Connecting Europe“ mit Mitteln in Höhe von 42,3 Milliarden Euro fortzuführen, um Investitionen in die europäischen Infrastrukturnetze in den Bereichen Verkehr (30,6 Milliarden Euro), Energie (8,7 Milliarden Euro) und Digitales (3 Milliarden Euro) zu unterstützen.

Der Vorschlag der Kommission zielt darauf ab, die Verkehrs-, Energie- und Digitalinfrastrukturen besser zu verzahnen, um die Dekarbonisierung und die Digitalisierung der EU-Wirtschaft schneller voranzubringen.

1. Verkehr: sichere, umweltfreundliche und vernetzte Mobilität

Aus der Fazilität „Connecting Europe“ sollen intelligente, nachhaltige, inklusive, sichere und vor Gefährdungen geschützte Mobilitätslösungen entsprechend den Vorschlägen der Initiative „Europa in Bewegung“ und der Verkehrsinfrastrukturpolitik der EU unterstützt werden. Sie soll zur Dekarbonisierung des Verkehrs beitragen, indem umweltfreundliche Verkehrsmittel (wie die Bahn) Vorrang erhalten sollen und ein Netz von Ladestationen für alternative Kraftstoffe aufgebaut werden soll. Zudem wird vorgeschlagen, die Modernisierung der Netze stärker in den Mittelpunkt zu rücken, insbesondere um sie sicherer zu machen und vor Gefährdungen besser zu schützen. Als Ausdruck europäischer Solidarität soll ein Teil der Mittel (11,3 Milliarden Euro) den Mitgliedstaaten vorbehalten bleiben, die Fördermittel aus dem Kohäsionsfonds erhalten können.

Zudem soll die Fazilität „Connecting Europe“ erstmals Verkehrsinfrastrukturen für eine zivile und militärische Doppelnutzung mit 6,5 Milliarden Euro unterstützen. Ziel ist es, das europäische Verkehrsnetz an militärische Erfordernisse anzupassen und die militärische Mobilität in der EU zu verbessern. Damit soll ein wichtiger Beitrag zu einer Verteidigungsunion bis zum Jahr 2025 geleistet werden.

2. Energie: erschwinglich, geschützt und nachhaltig

Im Energiebereich soll die neue Fazilität „Connecting Europe“ den Aufbau einer echten Energieunion ermöglichen und die Energiewende entsprechend den Vorschlägen der Initiative „Saubere Energie für alle Europäer“ unterstützen. Damit soll Europa seine Vorreiterrolle bei der Energiewende behaupten können – im Einklang mit der politischen Priorität der Juncker-Kommission, wonach Europa bei den erneuerbaren Energien weltweit führend werden soll.

Zu diesem Zweck soll aus einem neuen Haushaltsposten die Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten bei grenzüberschreitenden Vorhaben im Bereich der erneuerbaren Energien unterstützt werden, womit die strategische Einführung von marktfähigen Technologien für erneuerbare Energien gefördert werden soll. Außerdem soll die Fazilität „Connecting Europe“ weiter die zentralen transeuropäischen Netzinfrastrukturen unterstützen, um Fortschritte bei der Integration des Energiebinnenmarktes zu ermöglichen, die Interoperabilität der Netze über Grenzen und Sektoren hinweg zu fördern, die Dekarbonisierung zu erleichtern und die Sicherheit der Energieversorgung zu gewährleisten.

3. Digitales: Breitbandnetze mit hoher Kapazität

Aus der Fazilität „Connecting Europe“ sollen moderne digitale Infrastrukturen unterstützt werden, die die Grundlage für einen funktionierenden digitalen Binnenmarkt sind. Die Digitalisierung der europäischen Industrie und die Modernisierung in den Bereichen Verkehr, Energie, Gesundheitswesen und öffentliche Verwaltung hängen von einem universellen Zugang zu verlässlichen und erschwinglichen Qualitätsnetzen mit hoher und sehr hoher Kapazität ab. Angesichts der stets wachsenden Nachfrage nach Hochkapazitätsnetzen und -infrastrukturen im Bereich der elektronischen Kommunikation soll die Fazilität „Connecting Europe“ den digitalen Vernetzungsinfrastrukturen einen höheren Stellenwert einräumen.

Die **Empfehlungen der Ausschüsse** sind aus der **Drucksache 270/1/18** ersichtlich.